



Kurswechsel

Heft 1/2001

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

Ein Jahr »neu« regiertes Österreich

Editorial 3

Ferdinand Karlhofer

Reform oder Demontage? Sozialpartnerschaft als Wende-Objekt 7

Emmerich Tálos

Sozialpolitik zwischen konservativer Tradition und neoliberaler Orientierung.
Eine Ein-Jahresbilanz der ÖVP/FPÖ-Regierung 17

Sieglinde Rosenberger

Die Geschlechterpolitik der Wende 31

Plattform Arbeit

Die Ära »Wirtschaft und Arbeit« 38

Michael Genner, Doris Einwallner

Schlimm genug! Was ist anders geworden im Asyl- und Fremdenbereich? 53

Herbert Langthaler (Interview)

Von nützlichen und unnützen MigrantInnen 59

Gundi Dick

Feministischer Widerstand gegen Schwarz-Blau 62

Karl Reitter

Die soziale Basis des Widerstands 69

Günther Hopfgartner, Melina Klaus, Joachim Tischler

Schwarz-Blau gegen Internet 78

Toni Negri

Widerstand im Imperium 86

Die Autorinnen und Autoren 91

WIEN IST EINE LEBENSWERTE STADT – FÜR ALLE?

60.000 WienerInnen sind arbeitslos. Immer mehr Frauen fallen unter die Armutsgrenze. Bereits mehr als ein Fünftel der ArbeitnehmerInnen verdient weniger als 10.000 Schilling. Das Rot-Schwarze "Jobwunder" schafft in Wien Arbeitsplätze, die wenig Geld und keine Zukunft bieten.

Mc Jobs - Nicht mit den Grünen!

- Gesetzlicher Mindestlohn von 15.000 Schilling
- Grundsicherung bei geringem Lohn
- Jobfördernde Investitionen
- Mehr Weiterbildung für Frauen und Ältere

Dafür kämpft Ihre


Monika Vana

Wer Grün wählt, wählt Frauen.

25. März. Liste 4.

→ <http://wien.gruene.at>



DIE GRÜNEN
GRÜNE ALTERNATIVE WIEN

Editorial

Im Februar 2001 feierte die neue österreichische Regierung – irgendwer muss sie ja feiern – ihr erstes überstandenes Regierungsjahr. Was es wem bislang gebracht hat bzw. eben nicht, welche gesellschaftlichen Auswirkungen festzustellen sind, ist Thema dieses Hefts. Dabei stehen programmatische ebenso wie reale Veränderungen im Zentrum der Analyse. Der Arbeit der Regierung wurden keine Vorschußlorbeeren entgegengebracht – und natürlich hat sie die negativen Erwartungen nicht enttäuscht. Schlagworte wie »die rechte Wende«, die Verstärkung und Verbindung neoliberaler, konservativer, nationalistischer, autoritärer Ansätze sind Kennzeichen der Veränderung und ziehen sich durch alle analysierten Politikfelder.

Doch damit hat sich weder alles geändert, noch ist alles gleichgeblieben, wie Extremstandpunkte behaupten. Das am ausgeprägtesten spezifisch Neue an dieser Regierung ist die Beteiligung der Rechtsaußen-Partei FPÖ. Auf der inhaltlichen Ebene gewinnt ein langfristiges Projekt Dominanz, Konturen und Tempo, das in Ansätzen schon unter Vorgängerregierungen (nicht zuletzt unter dem Eindruck einer schwarz-blauen Mehrheit im Nationalrat seit 1983) eingeleitet wurde und nun politisch massiv vorangetrieben wird. Im ersten Jahr wurden durchaus spektakuläre Einzelmaßnahmen gesetzt, aber vor allem die ideologisch-institutionellen Vorbereitungen für die Durchsetzung langfristiger Vorhaben getroffen.

Die neue Regierung und ihre Inhalte sind jedenfalls kein einmaliger Betriebsunfall. Dieses eine Jahr ist mehr als die Folge eines einmaligen verunglückten Wahlergebnisses. Was sich in Österreich abspielt, ist nicht zuletzt Ausdruck sozialer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umbrüche, die tiefer liegen. Wesentliche Elemente dieser Struktur Tendenzen sind (Becker 2000):

- Verschiebungen in wirtschaftlichen Leitsektoren und Arbeitsverhältnissen im Übergang zu einer postfordistischen Wirtschaft bewirken eine Unsicherheit, auf die das defensiv agierende politische Establishment in den letzten Jahren keine adäquate Antwort zu geben mußte.
- Die geänderten Bedürfnisse einer postfordistischen Produktionsweise und ein neuer Internationalisierungsschub der österreichischen Wirtschaft haben zu einem stark abnehmenden Interesse vieler Wirtschaftstreibender an den Kompromissen des korporatistischen Systems geführt.
- Wesentliche gemeinsame Klammern der alten Koalition zwischen SPÖ und ÖVP (Neutralitäts-Selbstverständnis während der Ost-West Systemkonkurrenz; gemeinsames Anstreben des EU-Beitritts) sind in den letzten Jahren entfallen.
- In zentralen Feldern besteht seit den 80er Jahren ein diskursives Kontinuum zwischen SPÖ, ÖVP und FPÖ: liberaler Umbau des Staates, Stärkung der

Wettbewerbskraft, Begrenzung der Zuwanderung und politisch-rechtliche Diskriminierung von MigrantInnen. Daß die Abgrenzung der anderen Parteien gegenüber der FPÖ vor allem in der Kritik gegenüber ihrem Stil besteht, weniger an ihren Inhalten, ist ein deutliches Indiz dafür und erklärt zu einem Gutteil die Wahlergebnisse der letzten Jahre. Die FPÖ faßt in vielen Bereichen jene Politik in scharfe Worte, die andere stillschweigend auch betreiben.

Was macht die neue Koalition nun aus diesen Ausgangsbedingungen, wohin will sie die Gesellschaft lenken?

Die neue Regierung konzentriert sich auf den Umbau von Staat und Gesellschaft in Richtung nationaler Wettbewerbsstaat. Dafür ist das Nulldefizit das zentrale Vehikel, es ist deshalb das wichtigste Projekt des ersten Regierungsjahres geworden. Statt sozialer Rechte soll das Prinzip des Marktes walten. Wer dort nicht bestehen kann, wird statt auf den Sozialstaat auf die Familie verwiesen. Mit Familienaufgaben wird dabei regelmäßig unbezahlte Arbeit von Frauen gemeint. Ihren deutlichsten Ausdruck findet diese Ausrichtung daher in Privatisierung, Sozial- und Familienpolitik (BEIGEWUM 2000).

Als Projektziel kann der Versuch der Errichtung eines Nationalliberalismus mit autoritären Einfärbungen gelten, der Elemente der »guten alten Zeit« (insbesondere Wiedererrichtung eines in Auflösung befindlichen rigiden Patriarchatsmodells und Nationalismus) mit scheinbar vorwärtsgerichteter Konkurrenz-Ideologie verbindet. In diesem Heft werden wir Zwischenbilanz über den Stand der Arbeiten an diesem Umbau ziehen.¹

Ferdinand Karhofer geht in seinem Beitrag über die Änderungen in der Sozialpartnerschaft von einer Änderung des korporatistischen Verhandlungssystems bzw. einer nachhaltigen Kräfteverschiebung zugunsten der ArbeitgeberInnenseite aus. Dieser Trend wird von der neuen Regierung beschleunigt und verstärkt, wobei sowohl ÖVP- als auch FPÖ-Wirtschaftsflügel den Ausschluß der ArbeitnehmerInnenverbände aus dem Politikgestaltungsprozeß forcieren. Anhand der sozialen Schieflage beschlossener und geplanter Gesetze illustriert er den wirtschaftsfreundlichen Output, der so unter Regierungsbeteiligung der selbst ernannten »Arbeitspartei« FPÖ ermöglicht wird.

Emmerich Tálos zeichnet die Sozialpolitik »neu« des letzten Jahres nach, in der er eine Hinwendung zu einem autoritären und reduzierten sozialstaatlichen Modell sieht. Der Mix von neoliberalen und konservativen Sozialpolitikoptionen ist Kennzeichen der FPÖVP-Perspektiven in diesem Bereich, die eine Vielzahl negativer Veränderungen für die Betroffenen nach sich zieht. Aktuelle Problemlagen wie auch abschbare Herausforderungen werden dabei schlicht ignoriert.

Die Ausrichtungen, Entwicklungen, Widersprüche und Ambivalenzen im Bereich der Geschlechterpolitik der FPÖVP-Regierung beleuchtet Sieglinde Rosenberger. Die national-konservative Regierung mißt diesem Thema viel Bedeutung bei (vgl. die Debatte um Karenz- und Kindergeld). Als Schlüsselbegriffe für dieses Politikfeld werden von ihr die Familialisierung und Individualisierung dieses Bereichs identifiziert, also die Verfolgung eines Konzepts weitab jedweder gleichstellungsorientierten Gesellschafts- und Frauenpolitik.

Die Plattform Arbeit untersucht die Vielzahl von Einzelmaßnahmen im Bereich Arbeitsmarktpolitik, die jeweils für sich beträchtliche wirkliche Neuausrichtung bringen, in einer Gesamtbetrachtung allerdings sehr wohl in Richtung

ArbeitnehmerInnen-Feindlichkeit und verstärkter Wirtschaftsfreundlichkeit wirken. Als bedeutendsten Zug heben sie die Änderungen der Entscheidungsprozesse hervor (systematische Verdrängung der ArbeitnehmerInnen-Vertretung), ein Vorgang, der für die Durchsetzbarkeit künftiger Regierungsprojekte eine entscheidende Weichenstellung sein dürfte.

Daß die Änderungen bzw. Entwicklungen im Fremdenrecht und Asylrecht zur Zeit noch nicht als dramatisch zu bezeichnen sind, beleuchten Doris Einwallner und Michael Genner in ihrem Aufsatz. Dies liegt vor allem daran, daß Verschärfungen des Fremden- und Asylrechts bereits in den Jahren der SPÖVP-Regierung ihren Ursprung haben und die FPÖVP-Regierung auf entsprechend restriktiven Vorarbeiten aufbauen kann. Allerdings läßt das FPÖVP-Regierungsprogramm schon allein aufgrund der sprachlichen Formulierungen zukünftig weitere Verschärfungen und negative Entwicklungen befürchten.

Die eingangs beschriebenen gesellschaftlichen Veränderungen (Stichwort Postfordismus) begünstigen keineswegs eindeutig eine rechte Politikoption, sondern zeichnen sich bis dato weitgehend durch politische Offenheit aus. Zeiten der Unsicherheit sind immer Zeiten der Suche nach Sinnangeboten. Die aktuellen Tendenzen sind für Artikulationen mit den unterschiedlichsten politischen Leitbildern anschlussfähig. Das läßt sich besonders in Österreich am Phänomen des (Wieder)auflebens einer aktiven außerparlamentarischen Opposition ablesen, die die Regierung seit einem Jahr »begleitet«. Neben der Analyse der offiziellen Regierungspolitik inklusive der offiziellen rechten Wende steht damit auch die an-

WIENSTROM • WIEN GAS • FERNWÄRME WIEN

Wiener **Energieforum** 2001

'Konvergenz versus Transparenz'

Macht und Ohnmacht
unserer Informationsgesellschaft.

- >> Das Internet ist schon heute viel mehr als nur das Web. Da es die Unternehmen zunehmend für ihre Zwecke entdecken, stellt es mehr und mehr eine Ansammlung von Applikationen zur Zusammenarbeit und Kommunikation dar. Es liefert ein Netz, das in vorher nicht gekannter Weise Einzelpersonen und Unternehmen miteinander verbindet, einen Rahmen, der die Konvergenz von allen Daten mit allen Übertragungskanälen erlaubt.

dere Seite der Entwicklung innerhalb des politischen Systems Österreichs im Zentrum dieses Heftes. Wie anders ist das vielzitierte »andere Österreich«?

Gundi Dick stellt in ihrem Artikel als NGO-Vertreterin und als Aktivistin einige Reflexionen zum feministischen Widerstand an. Neben den vielen Stationen und vielfältigen Facetten des feministischen Widerstands weist sie auch darauf hin, daß Frauenbelange in der allgemeinen Protestbewegungen nicht immer als selbstverständlich wahrgenommen werden, sondern daß auch hier die Feministinnen mit Widerstand in den eigenen Reihen konfrontiert sind und das ein »Sich-Behaupten«, ein Einfordern der Frauenrechte in den Mainstream-Widerstandsformen ein prägendes Element des feministischen Alltags ist.

Wie Karl Reitter und Hopfgartner/Klaus/Tischler zeigen, rekrutiert sich die Bewegung gegen Schwarz-blau zu einem Gutteil aus den innovativsten Sektoren der Wirtschaft, in denen technologische und soziale Kompetenzen konzentriert sind und die zu den flexibilisiertesten Segmenten des Arbeitsmarkts gehören – Merkmale, die das Leitbild der postfordistischen »new economy« ausmachen. Das zeigt, daß die dort Tätigen keineswegs zwangsläufig zu den VorkämpferInnen eines rechten Wirtschaftsliberalismus zählen, sondern daß die neue Produktionsweise durchaus widersprüchliche Subjektivitäten hervorbringt, die zu (aus Kapital-sicht) gänzlich unintendierten Verhaltensweisen in der Lage sind. Damit entwickeln wir einen Gedanken weiter, den wir im Heft 2/2000 (»Leitbild Unternehmer«) mit der Frage nach der politischen Rolle der neuen Selbständigen begonnen haben.

Eine zentrale Referenz zu diesem Thema ist der italienische Theoretiker Toni Negri, der in seinem Beitrag die These auf einer globalen Ebene ausführt und so zum Abschluß die Verbindung zwischen der Protestbewegung in Österreich und den weltweiten Verhältnissen herstellt.

Anmerkung

- 1 Wobei die Budgetpolitik als wesentliches Element in BEIGEWUM (2000) bereits einer Detailanalyse unterzogen wurde und daher in diesem Heft nicht gesondert behandelt wird.

Literatur

- BEIGEWUM (2000): Mythos Nulldefizit. Alternativen zum Sparkurs, Wien
 Becker, Joachim (2000): Verspätung und Avantgardismus. Zur politischen Ökonomie des gesellschaftlichen Umbruchs in Österreich, Kurswechsel 4